zum Kreis- und Strategieausschuss am 09.11.2015, TOP 8

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 29.10.2015

Az.

Zuständig: Stefanie Geisler, ☎ 08092-823-205

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

Kreis- und Strategieausschuss am 09.11.2015, Ö

Kreistag am 14.12.2015, Ö

Betreuung von Asylbewerbern im Landkreis, Aufstockung von Personal im Landratsamt und Unterstützung von Helfern,

a) aktueller Bericht aus dem Landkreis

b) Vorschlag der Verwaltung

c) Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 30.06.2015

Antrag SPD-Fraktion Asyl; Aufstockung von Personal

Sitzungsvorlage 2015/2456/1

I. Sachverhalt:

Im Landkreis Ebersberg leben zum Stichtag 26.10.2015 1000 Asylbewerber und 107 unbegleitete Minderjährige. Zusätzlich befinden sich derzeit in der Notunterkunft am Humboldt-Gymnasium Vaterstetten 200 Menschen.

Die Unterkünfte befinden sich derzeit in 15 Landkreiskommunen und haben Kapazitäten von 2 bis 200 Personen. In der Jugendhilfe gibt es insgesamt 13 Einrichtungen, darüber hinaus leben die Asylbewerber in 44 dezentralen Unterkünften.

Die Asylsozialberatung wird im Landkreis Ebersberg von der Caritas und von Mitarbeitern des Landratsamtes ausgeführt. Von Seiten der Caritas sind zwischenzeitlich zwei Mitarbeiter in Vollzeit tätig. Im Landratsamt gibt es 2,5 Stellen. Eine weitere Mitarbeiterin kommt zum 01.11.2015. Der aktuelle Betreuungsschlüssel von 182 liegt damit unter dem gewünschten Schlüssel von 1:150, jedoch gestaltet sich die Personalgewinnung von Sozialpädagogen als sehr schwierig. Von Seiten des Freistaates Bayern wird Asylsozialberatung in Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege mit 80 % der Personalkosten gefördert. Kosten von eigenen Mitarbeitern werden derzeit – mit Ausnahme von 7 Modellkommunen – noch nicht übernommen.

Der Landkreis Ebersberg hat sich sehr frühzeitig als Modellkommune beworben. Jedoch wurde dieser Antrag abgelehnt. Die Darstellung der weiteren Kostenentwicklung erfolgt in der Sitzung.

Im Bereich der Asylunterbringung sind derzeit 3,5 Mitarbeiter in der Verwaltung und zwei Hausmeister tätig. Zudem wird zum 01.11.2015 ein Bautechniker seine Tätigkeit aufnehmen, der zur Gewinnung von Unterkünften eingesetzt wird. Zum 1. Januar 2016 wird eine weitere Verwaltungsmitarbeiterin eingestellt. Weitere Stellen befinden sich in der Ausschreibung.

Für das Jahr 2016 sind 17 neue Stellen im Bereich Asylbewerberbetreuung (Fachpersonal, Verwaltungspersonal, Hausmeister) geplant, im Bereich unbegleitete Minderjährige sind es 16 Stellen. Ebenso werden im Bereich des Jobcenters Ebersberg 3 zusätzliche Stellen be-

reitgestellt. Weitere Personalergänzungen werden im Ausländeramt (4 Stellen) und im Gesundheitsamt (1 Stelle) nötig.

Im Landratsamt wird darüber hinaus bis Ende des Jahres eine Koordinierungsstelle „Ehrenamt und Asyl“ eingerichtet, mit dem Katholischen Kreisbildungswerk sowie den katholischen und evangelischen Kirchengemeinden in der Stadt Ebersberg startete darüber hinaus im Oktober eine weitere Kooperation: Sämtliche Helferkreise bekommen von dort fachliche Unterstützung im Bereich der Supervision und Fortbildung zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus lädt der Landkreis Ebersberg mindestens einmal jährlich alle Ehrenamtlichen ein, um sie auf den aktuellen Sachstand zu bringen und aktuelle Themen, wie z.B. Asyl und Arbeit, anzubringen und Hilfestellung zu geben. Die Sprachlehrer werden in regelmäßigen Abständen von der Integrationsbeauftragten eingeladen und unterstützt.

Der Leitfaden für die Ehrenamtlichen im Bereich Asyl ist mittlerweile fertiggestellt und wurde im AK Asyl am 8. September 2015 verabschiedet. Er ist zwischenzeitlich veröffentlicht.

Der Ausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.

Auswirkung auf Haushalt:

Bei Genehmigung des Stellenplans sind für die 17 zusätzlichen Stellen im Bereich des SFB-Ausschusses stufenweise im Jahr 2016 557.100 € einzuplanen, bei Vollausbau ab dem Jahr 2017 586.200 €.

Bei Genehmigung des Stellenplans sind für die 16 zusätzlichen Stellen im Bereich des Jugendhilfeausschusses stufenweise 2016 rund 571.100 € einzuplanen. In diesem Bereich erfolgt eine Gegenfinanzierung über die bundesweite Kostenerstattung.

II. Beschlussvorschlag:

Dem KSA wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

keiner

gez.

Stefanie Geisler